

SZ vom 28.10.2005

Woba-Verkauf. Apellas stellt sich als Interessent für das Unternehmen vor.

„Wir wollen gute Bürger der Stadt werden!“ – Mit diesen Worten hat Ulrich Weber, Geschäftsführer der Apellas Property Management GmbH, das Interesse an der städtischen Woba bekräftigt. Das Unternehmen stellte sich gestern als erster Bewerber öffentlich vor. Es ist eine Beteiligungsgesellschaft des amerikanischen Investmentbankers George Soros (zu 95 Prozent) und von Weber selbst.

Als Ziel des erhofften Engagements nannte er, die Woba zur unternehmerischen Basis von Apellas für sämtliche Investitionen im deutschen Wohnungsmarkt auszubauen. Alle Aktivitäten sollten dann von Dresden aus gesteuert werden. Dabei wolle man sich auf die jetzige Geschäftsleitung stützen, die einen exzellenten Ruf genieße.

Er bemühte sich, den „Generalverdacht“ auszuräumen, dass seine Firma nur an schneller Rendite interessiert sei. Die Mieter würden vielmehr als Kunden begriffen, und deren Zufriedenheit sei oberste Maxime des Unternehmens.

„Die Heuschrecken kommen!“ ist ein Flugblatt überschrieben, das die Grünen vor der Veranstaltung verteilten. Sie kämen in Trojanischen Pferden daher. Es wird gewarnt, dass die Rücklagen aus der Woba gezogen werden könnten.

Bei der Podiumsdiskussion im Taschenbergpalais sagte der Mietervereinsvorsitzende Peter Bartels, er habe „Bauchschmerzen“ bei dem Verkaufswunsch. Denn er sei nicht sicher, ob die Woba wirklich sozial bleiben könne.

Als Stargast hatte Weber den CDU-Bundestagsabgeordneten und Finanzexperten Friedrich Merz mitgebracht. Der vertritt das Unternehmen auch anwaltlich bei der Bewerbung. Er vertrat die Auffassung, dass die Wohnungsvorsorge nicht mehr Aufgabe der Kommunen sei, sondern nur Mittel binde.

DNN 28.10.2005

OB verweigert Zutritt für WOBA-Initiative

Nach Ansicht des Geschäftsführers der Bürgerinitiative „WOBA erhalten!“ blockiert die Stadt das Bürgerbegehren gegen den geplanten Wobaverkauf, weil der Bürgerinitiative Informationsveranstaltungen in den Ortsämtern untersagt wurden. Auf Nachfrage bei der Stadtverwaltung erfuhr SPD-Stadträtin Sabine Friedel, der OB habe angewiesen, dass Info-Veranstaltungen der Bürgerinitiative grundsätzlich nicht in den Räumen der Stadt Dresden stattfinden dürfen. „Ich bin optimistisch, dass wir unser Ziel, die erforderliche Anzahl an Unterschriften zusammenbekommen, trotzdem erreichen.“ meint Mitiniator und Stadtrat von Bündnis90/Die Grünen, JensHoffsommer.